

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 3: Materialien zur "Schweiz ohne Armee"

Vorwort: Diamant oder Dialog?
Autor: Maissen, Toya

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Diamant oder Dialog?

Von Toya Maissen

«Diamant», die grosse, millionenteure PR-Veranstaltung des EMD, oder der Dialog über die Armee? Das ist eine Frage, die die Sozialdemokratische Partei bereits beantwortet hat. Sie hat sich für den Dialog über die Armee entschieden, als sie den Parteitag 1989 beschlossen hat. Sie wird über die Armee, über ihre Abschaffung diskutieren, sie wird aber vor allem über Friedens- und Sicherheitspolitik diskutieren. Daran ändert auch nicht der plumpe, ja gewalttätig anmutende Versuch, diesen Dialog der Schweizer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wo nicht zu verhindern, so doch vom eigentlichen Thema abzulenken.

Unsere Partei verfügt – glücklicherweise – über ein sehr grosses Meinungsspektrum. Es ist ein Irrtum zu glauben, gerade in der Frage der Friedenspolitik eine so vielfältige Gemeinschaft, wie es die Sozialdemokraten nun einmal sind, auf eine starre Parole trimmen zu wollen. Unsere Mitglieder, die sich nicht brav und gehorsam um vermeintliche Machthaber gruppieren lassen, werden sich das Denken und Reden zu Frieden und Unfrieden, angeblicher Bedrohung und angeblicher Sicherheit nicht nehmen lassen. Maulkörbe werden nicht verteilt, nicht an die Parteileitung, aber auch nicht an die Basis. Die SPS-Frauen haben im März die Friedenspolitik auf ihre Traktandenliste gesetzt. In den Sektionen laufen die Diskussionen auf Hochtouren. Unsere Mitglieder verfügen glücklicherweise immer noch über die politische Diskussionskultur, die diesem Land langsam abhanden gekommen und bei den Mehrheitspolitikern gefürchtet ist. Der plumpe Einschüchterungsversuch bürgerlicher Politik und in seinem Gefolge auch der Voraus-

journalismus der einschlägigen Medien wird unsere Mitglieder beflügeln, nicht verängstigen.

Wenn der Parteivorstand zum Schluss gekommen ist, dem Parteitag «Stimmfreigabe» zu empfehlen, so versteht diesen Antrag offenbar nur, wer diese Partei auch ein bisschen kennt.

Bei der Diskussion um eine «Schweiz ohne Armee», wie sie unsere Partei Anfang Juni zu führen gedenkt, geht es nicht um die Flucht aus der Grundsatzfrage, um irgendein Allotria, wie uns diese unterstellt wurde, sondern um eine Gewissensfrage. Die Männer und Frauen dieser Partei müssen darin frei sein und frei entscheiden können. Eine Freiheit übrigens, wie sie auch die Bundesverfassung vorsieht. Wer glaubt, dieser Partei die «Stimmfreigabe» als Flucht aus der Grundsatzfrage auslegen zu müssen, ist selber nicht bereit, die Grundsatzfrage zu diskutieren, übt Gesinnungsterror. Dafür aber ist in der SPS kein Platz. Allein schon die Struktur unserer Mitgliedschaft und der demokratische Aufbau von der Basis her verbietet dies. Die Parteileitung kann und will dem Parteitag nicht befehlen, was er zu denken und wie er abzustimmen hat. Es sind die Sektionen und ihre Parteitagsdelegierten, welche im Juni die Parole zur Initiative fassen werden. Und gar niemand sonst. Friedenskräfte und Aktivdienst-Generation haben das Wort, aber auch jene, die der Meinung sind, dass die Schweiz vor dringlichere Probleme hat als die Armee. Diese Kräfte sind zahlreich.

Unsere Partei ist geübt, im gegenseitigen Respekt der politischen und geschichtlichen Erfahrungen des einzelnen Mitgliedes Politik zu machen. Wir haben das erlebt in

der Diskussion um den Austritt aus dem Bundesrat, wir haben das in den späten siebziger Jahren erlebt in der Diskussion um die Atomenergie. Die Atomskepsis der SPS ist inzwischen eine Mehrheitsposition in der Schweiz.

Es geht in unserem partiinternen Dialog über Frieden, Sicherheit und EMD-Politik nicht darum, was bürgerliche Politiker oder allenfalls Koalitionspartner, falls man sie unbedingt so nennen muss, von der SPS erwarten oder gar fordern. Männer und Frauen, Alte und Junge, solche vom Land und solche aus der Stadt werden, wie schon so oft, das Thema miteinander beraten, leidenschaftlich und engagiert.

Es ist uns natürlich nicht verborgen geblieben, dass das bürgerliche Kriegsgeschrei und die unmoralische Aufrüstung wider die demokratische Auseinandersetzung vor allem dazu dienen soll, die Diskussion der Parteitagsdelegierten von ihren wichtigsten Aspekten abzulenken: vom Frieden, von der wirklichen Bedrohungslage und von der Glaubwürdigkeit der Armee in einem Staat, dessen Institutionen in letzter Zeit an Glaubwürdigkeit verloren haben, einem Staat, dessen Mehrheitspolitiker den politischen Dialog fürchten und ihm «Diamant» als kläglichen, wenn auch teuren Ersatz anbieten.

Für die SPS ist das aber kein Ersatz. Ihre Geschichte, vor allem aber ihre Auffassung von politischer Wahrhaftigkeit lassen solche Spielchen nicht zu. Sie wird über die Armee diskutieren, ob das der Mehrheitspolitik passt oder nicht. Die politische Rechte der Schweiz sollte sich endlich mit der SPS abfinden, so wie sie real existiert und nicht einer pflegeleichten Linken nachträumen, die es gar nicht gibt.